

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Hauptkontor: Sächs. Staatsbamt, Dresden.
Bank der Arbeiter, Ansehlerstr.
und Bräuner, L. G. Dresden.
Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich Art, ist es durch einen Brief an den Verleger der Dresdener Volkszeitung, dessen Anschrift auf Rückseite des Abonnements über aufzufahren ist.

Schriftleitung: Wettsteinstr. 10, Fernsprecher Nr. 5301. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr.
Schäftsstelle: Wettsteinstr. 10, Fernsprecher Nr. 5301 und 1270. Gedruckt von früh 3 Uhr bis 3 Uhr nachmittags.

Abonnementspreis: 3 Mark pro Quartal; 10 Mark pro halbjährlichem; 30 Mark pro jährlichem. Einmalige Anzeigenpreise: 10 Mark pro Zeile für 10 Tage. Preis für 1000 Exemplare: 100 Mark. Preis für 5000 Exemplare: 450 Mark. Preis für 10000 Exemplare: 850 Mark. Preis für 20000 Exemplare: 1600 Mark. Preis für 30000 Exemplare: 2300 Mark. Preis für 40000 Exemplare: 3000 Mark. Preis für 50000 Exemplare: 3700 Mark. Preis für 60000 Exemplare: 4400 Mark. Preis für 70000 Exemplare: 5100 Mark. Preis für 80000 Exemplare: 5800 Mark. Preis für 90000 Exemplare: 6500 Mark. Preis für 100000 Exemplare: 7200 Mark.

Nr. 75 Dresden, Montag, den 30. März 1931 42. Jahrgang

Briand gegen Zollunion

Er will „nicht diesen Weg“ zu Paneuropa

P. Paris, 29. März. (Eigener Drahtbericht.)

In der Beratung des Senats über das Budget des Finanzministeriums nahm am Sonnabend auch Briand teil. Nach kurzen Erklärungen über die Beziehungen Frankreichs zu England und Italien ging er ausführlich auf die deutsch-österreichische Vereinbarung ein. Er sagte: Wenn jemand in dieser Angelegenheit eine unangenehme Überraschung empfunden hat, so ist es vor allem der Mann, der ihnen auf der Tribüne steht. Was man einem Mann an ihm genannt hat, hat auch mich berühren müssen, da ich immer bei jeder schlechten Verlesung verärgert bin. Briand betonte, man dürfe nicht die Herzen verlieren und ungeheure französische Aufgaben wegen dieses Zwischenfalls mobilisieren. Das Prestige Frankreichs sei durch das Vorgehen Deutschlands und Österreichs nicht berührt worden; denn es sei über keine Ereignisse erhoben. Das Abkommen könne auch keine Drohung für Frankreich darstellen; denn Frankreich sei stark genug, der Summe der Vereinigte Welt zu verhalten.

Briand ging auf die Entscheidung der Ansichtsbewegung ein, erklärte, die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und Frankreichs sei durch den Vertrag festgelegt worden. In den letzten Jahren sei bereits ein politisches Anschlussunternehmen im Gange gewesen, das er auf der Tribüne des Völkervertrages dargestellt habe. Im Laufe der Zeit sei dann eine Verzögerung eingetreten, und im Jahre 1922 habe Österreich, damit es wirtschaftlich unabhängig bleibe, durch den Völkervertrag eine Anleihe erhalten, die es sich dazu habe verpflichten müssen, weder direkt noch indirekt seine Unabhängigkeit aufzugeben.

Das Ergebnis der Sache sei das Verfahren. Briand rühmte sich und widersprach vollkommen den Bedingungen einer europäischen Zusammenkunft. Frankreich habe 48 Stunden den übrigen Staaten Wind bekommen, und er, der Minister, habe die Vertreter Frankreichs in Berlin und Wien angehalten, Schritte bei den Regierungen zu machen, um die Stellungnahme Frankreichs darzulegen. England habe schließlich erklärt, es könne nichts weiter unternehmen, ohne vorher den Völkervertrag zu befragen. Dieser Schritt habe sich Frankreich angeeignet, denn man könne keinen anderen Weg wählen, wenn man sich nicht scheuen wolle, was seit 10 Jahren aufgegeben worden sei. „Sei deutscher Seite habe ich“ — so schloß Briand unter großem Beifall — „schon oft Entschuldigungen erlebt. Wenn ich auf meinen Pflichten bleibe, werde ich die besonnenen Aktion mit dem selben Eifer weiterführen, die Deutschland und Österreich durchzuführen, die nicht auf ihrem Plan bestehen und feierlich übernommene Verpflichtungen verletzen.“

Curtius wird antworten
D. Berlin, 30. März. (Eigener Punkt.) Der Reichsminister wird auf die Senatsrede Briands am letzten Sonntag noch vor Öffnen in aller Ausführlichkeit antworten.

Rummer um Hindenburg

Notverordnung und „nationale Opposition“

Rugenberg und Hitler entfallen sich plötzlich, daß es am Reichstag gibt; die Herren der „nationalen Opposition“ hielten am Sonntag in Nürnberg eine Tagung ab und nahmen eine Entschließung an, in der es heißt:

„Die nationale Opposition wendet sich mit Entschiedenheit gegen die neue Notverordnung, durch die die wesentlichen Grundrechte der Verfassung außer Kraft gesetzt werden. Sie wird die Einberufung des Reichstages fordern. Sie wird auch in den Ländern die zur Aufrechterhaltung ihrer von der Verordnung verletzten Souveränitätsrechte Schritte tun. Von dem Herrn Reichspräsidenten wird erwartet, daß er sich nicht länger von den Parteien und Parteien unterlassen läßt, die ihn ursprünglich beauftragt haben, sondern daß er auch die Vertreter der nationalen Opposition hört. Hinter denen die Rechte seiner Amtswahl steht. Kann der Herr Reichspräsident die Einberufung der Reichsregierung nicht durchsetzen, so fordert die nationale Opposition, daß er sich von seinen gegenwärtigen Veranlassungen trennt.“

Die Leute, die aus dem Reichstag ausgeschieden sind, um in Lausanne zu gehen, haben das Recht, sich auf das Parlament zu berufen. Außerdem steht es bei den Parteien der „nationalen Opposition“, die neue Notverordnung als halb überflüssig zu machen. Es sind doch vor allem diejenigen, die seit Jahren darauf ausgehen, Deutschlands Ansehen unsicher zu machen, Ueberfälle zu inszenieren und zu begehen, mit Attentaten Schrecken zu verbreiten. Sie beschränken sich nur auf die von der Verfassung gewährtesten Freiheiten und ihre Grenzen zu definieren — die Notverordnung ist erledigt. Ihren Rummel über

Was Genosse Plum erklärt

P. Paris, 30. März. Im Populaire veröffentlicht Leon Plum einen Artikel über seinen Berliner Aufenthalt anlässlich der Festhaltung Hermann Müllers, in dem er erklärt, daß die Initiative des Reichsaußenministers nicht, wie man aus den deutschen Pressekommentaren entnehmen könnte, in politischen Kreisen allgemeine Verwirrung und Zustimmung gefunden habe. Selbst bis in die Reihen der Volkspartei hinein hätten sich lebhafteste Proteste erhoben, und die persönliche Autorität Curtius' sei dadurch eher geschwächt als gestärkt worden, so daß man seinen Rücktritt durchaus nicht mehr als unmöglich ansehen könne.

Ein Konflikt um Herriot

P. Paris, 30. März. (Eigener Punkt.) Herriot hat sein Amt als Bürgermeister von Lyon niedergelegt, worauf die radikalen Abgeordneten seinem Beispiel folgten. Seit längerer Zeit besteht ein Konflikt in der Stadtverordnetenversammlung, in der die Sozialisten eine geringe Mehrheit haben. Als am Sonntag die Delegierten der Gemeindeverwaltung für eine Ersatzwahl zum Senat gewählt wurden, die Senatoren werden nicht nach dem allgemeinen direkten Wahlrecht, sondern indirekt gewählt, setzen die Sozialisten durch, daß nur Mitglieder ihrer Partei zu Delegierten ernannt wurden, statt, wie bisher, Mitglieder aller Parteien, je nach ihrer Stärke in der Versammlung. Der sozialistische Parteiverband des Rhône-Departements und die Kammerfraktion waren gegen diese Forderungen der Lyoner Sozialisten, konnten diese aber nicht zu einer Verringerung ihrer Stellung bestimmen.

Generallstreik der Bergarbeiter veragt

P. Paris, 30. März. (Eigener Punkt.) Von den dem Allgemeinen Arbeiterbund angeschlossenen Verbänden der französischen Grubenarbeiter ist der Generallstreik für heute abgesetzt worden. Er soll später nur dann ausgerufen werden, wenn die von den französischen Grubengesellschaften gemachten Zugeständnisse (nicht zehn, sondern nur sechs Prozent Lohnabbau) nicht allen französischen Grubenarbeitern gewährt werden. Die Kommunisten rufen heute zu einem fünfstündigen Generallstreik auf, da sie jede Kürzung der Löhne ablehnen. Gemäß dieser Aufforderung haben die kommunistischen Grubenarbeiter Nordfrankreichs in drei Kongressen den Streik für heute beschlossen. Dieser Streik soll das Vorbild zu einem zeitlich unbegrenzten Streik sein, falls die Lohnsenkungen nicht endgültig rückgängig gemacht werden.

Die Kommunisten rufen heute zu einem fünfstündigen Generallstreik auf, da sie jede Kürzung der Löhne ablehnen. Gemäß dieser Aufforderung haben die kommunistischen Grubenarbeiter Nordfrankreichs in drei Kongressen den Streik für heute beschlossen. Dieser Streik soll das Vorbild zu einem zeitlich unbegrenzten Streik sein, falls die Lohnsenkungen nicht endgültig rückgängig gemacht werden.

Die gebrannte Thüringer Volkspartei möchte einen Feind nicht zum Gärtner der Notverordnung machen!

Zu der neuen Reichsnotverordnung gibt die Deutsche Volkspartei Thüringens eine Erklärung heraus, in der darauf hingewiesen wird, daß diese Verordnung, durch die das Niveau des politischen Lebens in Deutschland gesunken werden sollte, in einer Parallele steht mit dem Abwehrkampf, den die Deutsche Volkspartei in Thüringen gegen die Vermilderung der politischen Sitten aufgenommen habe. Die Tatsache, daß die heilsame Wirkung der Notverordnung ganz und gar von einer gerechten politischen Handhabung abhängt, müsse in Thüringen gebieterisch auf eine Neubestimmung des Innenministeriums hin. Es sei eine allgemeine Erfahrung, und auch die Erfahrungen in Thüringen hätten es gezeigt, daß ein von einer extremen Partei angeführter Minister ein solches Maß von Unabhängigkeit vom Weisse seiner Partei nicht aufbringen könne, daß seine Entscheidungen als objektiv und unparteiisch anerkannt werden könnten. Die Absicht der Volkspartei, den nationalen sozialistischen Einfluss in der Landesregierung auszufalten, könne durch den Erfolg der Notverordnung nur gelindert werden.

Blüchers Abgang

Heute abend finden sich die städtischen Körperschaften Dresdens zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um die Verabschiedung des Oberbürgermeisters Dr.-Ing. e. h. Bernhard Blücher vorzunehmen. Damit tritt ein Mann von der Bühne des öffentlichen Lebens und der Politik ab, dessen Wirken als Kommunalpolitiker und als Politiker überhaupt nicht nur für Dresden, sondern weit darüber hinaus, besonders aber für Sachsen, von maßgebendem, ja oft bestimmendem Einfluß war.

Dr. Blücher hat die Geschäfte der Stadt Dresden seit 1. Oktober 1915 geführt; seine Wahl fiel in Deutschlands „große Zeit“, die für die Mehrzahl der Großstädterbevölkerung neben persönlichem und familiärem Leid eine einzige Tortur des Hungerns und der Entladung bedeutete. Um das Erb, das Herr Blücher aus den Händen seines Vorgängers, Dr. Beutler, übernahm, war er gewiß nicht zu beneiden. Und auch in der Nachkriegszeit, bis zum heutigen Tage, sah sich Dr. Blücher, wie die meisten seiner Kollegen in den anderen deutschen Großstädten, vor Aufgaben gestellt, die wenig geeignet sind, nach außen hin schöpferische Eigenschaften eines Stadtoberhauptes allzusehr im Vordergrund erstrahlen zu lassen. Die Not der Kriegs- und Nachkriegszeit brachte es zwangsläufig mit sich, daß in den Großstädten das Augenmerk in erster Linie dem großen Gebiet der Sozial- und Kulturpolitik mit seinen hundertfältigen Verzweigungen zugewendet werden muß.

Als Mann der alten Schule, behaftet mit allen Vorzügen, aber auch Mängeln der eingetragenen Juristen, hat Dr. Blücher während seiner mehr als 15jährigen Tätigkeit als Oberbürgermeister eine Anpaßungsfähigkeit an die durch den Ausgang des Krieges und die Revolution hervorgerufenen Strukturveränderungen im politischen und sozialen Leben gezeigt, die auch vom politischen Gegner anerkannt werden muß. Doch ihm als Führer der Deutschen Volkspartei in Sachsen dabei Grenzen gezogen waren, daß gerade die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion an einzelnen seiner Handlungen sehr oft scharfe und — das sei betont — auch erfolgreiche Kritik ansetzen mußte, befristete dieses Urteil nicht. Der scharfsinnige Beobachter konnte an dem 10 m u n a lpolitischen Wirken Dr. Blüchers einmal feststellen, daß die der Kommunalpolitik innewohnenden eigenen Schweregehalte Klinge und kenntnisreiche Männer, deren Dr. Blücher doch einer ist, zur Einholung von Ratschlägen, die ihrer sonstigen politischen und persönlichen Einstellung keineswegs entsprechen.

Dr. Blücher tritt von der Warte als Leiter der Landeshauptstadt Dresden — das ist der äußerliche Grund — wegen Erreichung der Altersgrenze ab. Ist das aber wirklich der einzige Grund?

Die politische Entwicklung innerhalb der Deutschen Volkspartei in Sachsen, deren unumstrittener Führer er lange Jahre war, läßt noch auf andere Beweggründe schließen. Herr Blücher legte bereits im vergangenen Jahre anlässlich eines Vertrauensvotums des Landesvorstandes seiner Partei gegen die volksparteiliche Landtagsfraktion wegen ihrer Haltung bei der Wahl des Landtagspräsidenten sein Landtagsmandat nieder. Damit wurde die politische Laufbahn Blüchers, die ihn für eine Zeitlang nicht umsonst die Bezeichnung eines „ungekrönten Königs von Sachsen“ eingebracht hatte, jäh unterbrochen.

Dr. Blücher, unter dem alten Regime Mitglied der Ersten Kammer, hat während seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter seit 1919 eine bedeutende Rolle gespielt. Nach der Spaltung der sächsischen Sozialdemokratie von 1921 an, war sein Einfluß in der sächsischen Politik sogar überragend. Aber auch an ihm vollzog sich die Wahrheit des alten Spruchs:



Blücher (links) und sein Abtrittsbildnis (rechts)

Durch Hungerstreik befreit

Stuttgart, 29. März. (Eig. Draht.) Frau Dr. Anselm-Antle ist am Sonnabend nachmittag 4 Uhr aus der Haft entlassen worden. Sie hat mehr als acht Tage lang jeden Nahrungsaufnahme verweigert. Ihr Gesundheitszustand ist im wesentlichen zufriedenstellend. Die Untersuchungsbehörden erkannten gleichzeitig an, daß infolge der fortgesetzten Verweigerung eine Verurteilung infolge der Verweigerung nicht mehr gegeben ist. Die Aussagen der Abtrittsbildnis werden freilich...